

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	10/2019
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	22.10.2019
Zeit:	19:00 Uhr – 20:34 Uhr
Ort:	Ratssaal
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><b><u>FW</u></b> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchter- mann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Harant, Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer, Rupp und Wagner</p> <p><b><u>SPD</u></b> Stadträtin Linier und Oehne-Marquard, Stadträte, Hertel, Keller und Schimpf</p> <p><b><u>Linke</u></b> Stadtrat La Licata</p>
weiter anwesend:	Herr Dr. Scheffczyk (FB 5)
Mitglieder entschuldigt:	Stadtrat Bergsträsser
Urkundspersonen:	Stadträtin Dr. Welter, Stadtrat Keller
Sachvortrag:	Herr Dr. Scheffczyk (zu TOP 5)
Schriftführerin:	Frau Polte

## Bürgerfragestunde

Eine Bürgerin, „Im Wingert“ in Kleingemünd wohnhaft, beschwert sich über den Lärm, der vom Anwesen eines Nachbarn ausgeht. Dieser habe 3 oder 4 Hähne, die bereits vor dem Morgengrauen krähen und die Nachbarschaft massiv stören. Sie und ihr Ehemann hätten zuerst dem Nachbarn geschrieben, dann im Juli an den Bürgermeister. Auch ein zweites und drittes Anschreiben an den Bürgermeister sei nicht beantwortet worden, dies halte sie nicht für korrekt. Es gebe eine Polizeiverordnung, Gesetze und Urteile, die die Lebensqualität der Bürger schützen. Warum sei das Ordnungsamt nicht in der Lage, die Lärmbelästigung in den Griff zu bekommen? – Der Bürgermeister antwortet, der erste Brief sei nie angekommen, der zweite in seiner Urlaubszeit an den stellvertretenden Bürgermeister gerichtet gewesen. Die Antwort auf den dritten sei bereits in Arbeit. Er rät dazu, miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Ordnungsamt sei im Rahmen seiner Möglichkeiten tätig geworden und unternehme alles, wofür eine rechtliche Handhabe bestehe. In der Angelegenheit sei auch der Rhein-Neckar-Kreis / Kreispolizeibehörde involviert und bearbeite den Vorgang ebenfalls. Grundsätzlich seien Nachbarschaftsstreitigkeiten allerdings privatrechtliche Angelegenheiten.

Eine andere Kleingemünder Bürgerin zitiert aus einem Artikel der Rhein-Neckar-Zeitung und spricht damit erneut das „Wildschweinparadies“ im Naturschutzgebiet Kleingemünd an. Hier habe es noch keine Abhilfe gegeben. - Der Bürgermeister verweist auf die Beantwortung dieser Frage in einer vorigen Bürgerfragestunde. Herr Dr. Aly vom Regierungspräsidium habe zugesichert, dass das Regierungspräsidium die Geländepflege übernehme, allerdings sei bisher nichts passiert. Man sei weiterhin im Gespräch mit den Naturschutzbehörden. Die Jäger könnten zudem nur sehr schlecht zum Schuss kommen, da das Naturschutzgebiet bis in die Nacht hinein von Spaziergängern, Joggern und Hundeführern frequentiert werde. Seines Erachtens sei die vereinbarte Verordnung zum Naturschutzgebiet nicht gut genug. Auch aus diesem Grund sei man im Gespräch mit dem RP.

Der Vorsitzende des Vereins „Birnbäum e.V.“ nimmt Herrn Dr. Aly in Schutz. Der Verein stehe weiterhin mit dem Regierungspräsidium in Kontakt. Es sei schon vieles getan worden, viel Geld investiert worden, nun solle die Stadt Unterstützung leisten.

Ein Geflüchteter aus Somalia, wohnhaft Bei der Walkmühle 2, schildert, er habe ein Geldproblem; seit drei Monaten schon liege sein Antrag beim Job-Center, und er habe kein Geld bekommen. Herr Metzger, der Integrationsbeauftragte, könne nicht weiterhelfen.

Ein weiterer Geflüchteter aus der Walkmühle 2 möchte wissen, was man tun könne, um in Neckargemünd bleiben und beruflich tätig sein zu können. Weder die beiden Integrationsmanager noch die Integrationsbeauftragte würden helfen.

Ein 27-jähriger Geflüchteter aus Gambia teilt mit, er möchte in Neckargemünd bleiben und arbeiten. Er brauche Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitssuche.

Im Gremium wird positiv aufgenommen, dass die Geflüchteten den Weg in die Bürgerfragestunde gewählt hätten.

Der Bürgermeister erklärt, in der Bürgerfragestunde könnten grundsätzlich keine Einzelfälle und persönliche Angelegenheiten besprochen werden. Er sagt aber zu, diesbezüglich mit Herrn Metzger zu sprechen. Er bittet hierfür um Nennung der Namen, die (s.o.) von der Verwaltung festgehalten werden.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 9/2019 vom 24.09.2019**
- 1.1: **Sachvortrag:**  
Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**  
Stadträtin Groesser bittet um eine Änderung ihrer Ausführungen auf S.8, TOP 9.2. Hier sei der Sinn ihrer Ausführungen entstellt.  
Stadtrat Katzenstein möchte eine Änderung auf S. 10, TOP 11.2. Im Wortbeitrag von Stadträtin Groesser müsse der erste Satz heißen „ sie erinnert, der Bürgermeister habe die Fraktionen gebeten, eine Liste der Prioritäten zu nennen, die dann gemeinsam besprochen werden sollen“.
- 1.3: **Beschluss:**  
Die Verwaltung wird beauftragt, die erste Änderung in Abstimmung mit Frau Groesser sowie die zweite Änderung in das Protokoll einzupflegen. Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- 2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 8/2019 vom 24.09.2019 gefassten Beschlüsse**
- 2.1: **Sachvortrag:**  
Die Tischvorlage des FB1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 2.2: **Beratung:**
- 2.3: **Beschluss:**  
Der Gemeinderat nimmt das Protokoll zur Kenntnis.
- Vor Aufruf des nächsten TOPs verlässt Stadtrat Scholl wegen Befangenheit den Sitzungstisch.
- 3: **Besetzung des Klimaschutzbeirates: Nachbesetzungen**
1. **Erhöhung der Mitgliederzahl (Beschluss)**
2. **Ernennung der neuen Mitglieder, Bestätigung der bisherigen Mitglieder**
- 3.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Behandlung des TOPs in der letzten Hauptausschuss-Sitzung. Insgesamt habe sich die Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeirat hervorragend entwickelt, und man sei sehr stolz auf den hochkarätig besetzten Klimaschutzbeirat und die sehr vertrauensvolle

Zusammenarbeit. Er dankt insbesondere den ausgeschiedenen Mitgliedern, die sich sehr große Verdienste erworben hätten.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert berichtet, die Freien Wähler seien bei der Kandidatenvorstellung begeistert gewesen, dass es so viele hochkarätige Klimaspezialisten in Neckargemünd gebe. Es mache Sinn, die Zahl zu erhöhen, und man möchte auch das ehrenamtliche Engagement fördern. Im Namen der Freien Wähler dankt er ausdrücklich für die hervorragende Arbeit des Beirates.

Stadträtin Groesser merkt an, diesem gebe es fast nichts hinzuzufügen. Schade nur, dass sich keine Frau für die freien Posten gefunden habe.

Stadtrat Schimpf betont ebenfalls, dass es im Ort viele engagierte Leute mit Fachkenntnissen in verschiedenen Teilbereichen gebe. So könne man in den nächsten Jahren gut im Klimaschutz voranschreiten, soweit es die städtischen Finanzen erlauben. Stetige Unterstützung sei nötig, und auch die Personalkapazität der Verwaltung müsse mitwirken. Es sei notwendig, als Stadt mit Vorbildwirkung voranzugehen, aber auch die Bürger müssten mitziehen.

Stadträtin Schlüchtermann hebt hervor, es sei großartig, dass jemand mit globalem Bezug in den Klimaschutzbeirat nachrücke, und auch Personen, die gut lokal handeln können.

Stadträtin von Reumont bekräftigt seitens der CDU sämtliche bisherigen Ausführungen. Sie dankt den beiden Klimaschutzmanagerinnen, Frau Lender und Frau Lang, ausdrücklich dafür, dass sie so ausdauernd nach Kandidaten gesucht hätten.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt jeweils einstimmig:

1. die Anzahl der Mitglieder des Klimaschutzbeirates auf maximal 9 Personen zu erweitern.
2. Der Gemeinderat ernennt als neue Mitglieder: Herrn Thomas Hirsch, Herrn Dr. Bernd Jahnke, Herrn Andreas Lainer, Herrn Wolfgang Maier und Herrn Volker Pletz.
3. Der Gemeinderat bestätigt die bisherigen aktiven Mitglieder des Klimaschutzbeirates: Herrn Dr. Walter Gilbert, Herrn Prof. Dr. Manfred Pistor, Herrn Prof. Dr. Günter Liesegang, Herrn Raimund Stephan.

Nach Abschluss des TOPs kehrt Stadtrat Scholl an den Sitzungstisch zurück.

4: **Freibadsanierung: Auftragsvergabe Filter (ggf. Tischvorlage)**

Der Bürgermeister berichtet, bis zur Sitzung sei noch kein Angebot vorgelegt worden. Daher werde der TOP von der Tagesordnung genommen. Grundsätzlich müsste der

Auftrag dringend vergeben werden, denn die Zeit werde knapp, wenn man die Arbeiten noch vor dem nächsten Saisonbeginn abschließen wolle.

5: **Grundschule Neckargemünd: Sanierung und Abdichtungsarbeiten im Kellergeschoss des Hortbereiches (Auftragsvergabe)**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Dr. Scheffczyk erläutert die Vorlage. Er ergänzt, dass das eindringende Wasser die Bausubstanz über alle Maßen schädige, und je länger man zuwarte, desto schlechter werde es. Nachdem das Gebäude als Kulturdenkmal ausgewiesen ist, müssten alle Maßnahmen mit der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Regierungspräsidium abgestimmt werden. Der Vorteil der Fa. Terborg liege in ihrer Aussage, „jedes Gebäude trocken zu bekommen“. Falls in einem von der Firma bearbeiteten Bereich später wieder Feuchtschäden auftreten, komme die Firma kostenfrei und bessere weiter aus.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger trägt vor: für die Freien Wähler stehe außer Frage, dass die Trockenlegung durchgeführt werden müsse. Negativ erscheine jedoch, dass im Haushaltsplan hierfür 25.000 Euro vorgesehen sind, das Angebot jetzt aber das Dreifache betrage. Sei man da von falschen Voraussetzungen ausgegangen? Auch sei wichtig, wann die Arbeiten gemacht werden sollten. Wieviel Geld müsste man im nächsten Jahr dann noch bereitstellen?

Herr Dr. Scheffczyk antwortet, es sei vorgesehen, als erste Rate für 2019 den bereitgestellten Haushaltsansatz einzusetzen, die restlichen 50.000 Euro dann in den nächsten Haushalt zu nehmen. Man könne nicht genau einschätzen, wann man die denkmalrechtliche Genehmigung bekäme. Insgesamt gehe man nicht davon aus, dass die Fa. Terborg dieses Jahr schlussrechnen kann, die Arbeiten ziehen sich gewiss weiter ins nächste Jahr. Und auch wenn die denkmalrechtliche Genehmigung vorliegt, müssen die Arbeiten in den Zeitplan der Fa. Terborg passen. Zu den höheren Kosten: als die Mittel damals eingestellt wurden, habe man vornehmlich an den Heizungsraum gedacht. Erst bei einer Besichtigung mit der Fa. Terborg sei festgestellt worden, dass noch weitere Flächen betroffen sind. Daher hätten sich dann Massenerhöhungen ergeben.

Stadtrat Konrad bringt vor, es gehe nicht eindeutig aus der Vorlage hervor, ob der Schaden im Keller sich auch auf den Hortbereich auswirke (Schimmelschäden, Versalzung der Wände). In dem Angebot fänden sich „Eventuell“-Positionen“ im Wert von über 40.000 Euro. Der gesamte Auftrag könne möglicherweise in einer Größenordnung bis 100.000 € brutto liegen; sehr viel für die geringe Größe des Gebäudes. Wahrscheinlich könne man für den Preis ein neues Gebäude bauen. Seien andere Maßnahmen geprüft worden?

Herr Dr. Scheffczyk antwortet, der Schaden finde sich zurzeit nur im Kellerbereich, sei noch nicht nach oben gezogen. Er vergleiche die Maßnahme, auch hinsichtlich der Kosten, mit der Trockenlegung der Banngartenhalle. Auch hier sei das Kellergeschoss

betroffen gewesen, und die Schäden seien im Treppenhaus schon nach oben gezogen. Um Schäden nach oben zu vermeiden, müsse saniert werden. Als andere Maßnahme käme lediglich Aufgraben und Sanierung von außen in Frage. Die Bodenplatte solle nicht neu gegossen werden, das sei also ein entbehrlicher „Eventuell“-Posten.

Der Bürgermeister merkt an, dass sich das Verfahren der Fa. Terborg bewährt habe.

Stadträtin von Reumont macht hierzu kritische Anmerkungen. Als ehem. Ortsvorsteherin von Waldhilsbach sei sie mit der Sanierung des Schulhauses beschäftigt gewesen. Die Firma Terborg sei in den letzten 7 Jahren sehr häufig da gewesen, sie wisse aber nicht, ob das Projekt abgeschlossen worden sei. Welche Kosten seien denn bis heute aufgelaufen? Sie könne nicht bestätigen, dass es so positive Ergebnisse gegeben habe.

Herr Dr. Scheffczyk wiederholt, für die jahrelange Nachbehandlung habe die Firma nichts berechnet. Die Schlussrechnung sei 2011 gestellt worden. Die Schäden am Bürgerkeller und der Treppe seien seinerzeit auch im Gemeinderat thematisiert worden. Die Außentreppe hätte man eigentlich abreißen müssen, das habe man damals verworfen. Als der Bürgerkeller ausgebaut worden sei, wurde auch eine Betonplatte gegossen. Diese habe aber alle Feuchtigkeit, die darunter war, abgesperrt. Damals sei alles in Eigenleistung von Bürgern gemacht worden, jedoch an den Denkmalbehörden vorbei. Eigentlich hätte man bei der Sanierung die Bodenplatte entfernen müssen.

Stadtrat Schimpf spricht ebenfalls die Massenmehrung von 25.000 Euro gegenüber 77.000 Euro an. Sanieren sei eben teurer als neu bauen, aber voraussichtlich habe man keine Alternative. Seiner Erinnerung nach seien die anderen Firmen damals nicht bereit gewesen, die Nachbesserungen zu übernehmen. Die Fa. Terborg jedoch sei ihren Gewährleistungspflichten sehr gut nachgekommen.

Stadtrat Fritsch erklärt, das Ausblühen sei Salpeter im Sandstein. Gebe es für die Sanierungsmaßnahme irgendwelche Fördertöpfe?

Dies verneint Herr Dr. Scheffczyk. Fördergelder bekäme man nur für Mehrkosten, die sich aus denkmalschützerischen Auflagen ergeben. Für eine Maßnahme in unserer Größenordnung gebe es wahrscheinlich nichts.

Der Bürgermeister merkt an, meistens fangen die Förderungen bei einem Auftragsvolumen von 200.000 Euro an. Aber nur aus dem Grund, Förderung zu erhalten, sei es nicht sinnvoll, die Kosten nach oben zu treiben.

Stadträtin Weber möchte wissen, wie lange die Gewährleistungszeit ist, und ob die Kostenschätzung bei der Banngartenhalle letztendlich akkurat gewesen sei. Außerdem fragt sie, ob der Hortbetrieb durch die Sanierungsmaßnahme beeinträchtigt würde.

Herr Dr. Scheffczyk antwortet, der Auftrag werde nach VOB vergeben, und hierbei betrage die Gewährleistungszeit, die man fordern könne, 4 – 5 Jahre. Fa. Terborg biete aber, wie schon angesprochen, von sich aus längere Zeiten an. Zur

Kostenschätzung wisse er, dass die tatsächlichen Kosten nicht darüber gelegen hätten. Der Hortbetrieb werde nicht beeinträchtigt.

Stadtrat Wachert spricht den Investitionsstau in den Schulen an, der in einem Fernsehbericht thematisiert worden sei. Man könne sich in Neckargemünd glücklich schätzen, dass es eher um kleinere Schäden geht.

Stadtrat Konrad ist wichtig, dass der Betrieb von Schule und Hort aufrecht erhalten werden, aber ihm missfällt, dass Fa. Terborg dem Gremium als alternativlos vorgesetzt werde. Ihm stelle sich die Frage, ob man das Thema vertagen und andere Entscheidungsgrundlagen finden könne.

Herr Dr. Scheffczyk erläutert die technische Vorgehensweise der Fa. Terborg („Impfen“ des Steins), und betont, für Denkmäler gebe es besondere Regelungen. Bei einer konventionellen Dämmung von außen bringe man Schlämme und Dichtungsmassen an. Die Bodenplatte sei von unten nicht gedämmt, so dass immer wieder Feuchtigkeit von unten nach oben gelangen kann. Schlämme seien betonbasiert, würden den Sandstein weiter schädigen. Beim Mauerwerk handle es sich außerdem um unregelmäßige Mauersteine und unregelmäßige Fugen. Über ein anderes System als das der Fa. Terborg könne man seines Wissens in einem Kulturdenkmal nichts Besseres leisten.

Stadtrat Konrad spricht die Aussage von Herrn Dr. Scheffczyk an, „Aufgraben, Drainage, Sperre von außen wird keiner wollen“. Herr Dr. Scheffczyk erklärt, dass bei einer solchen Vorgehensweise die Spielfläche während der Arbeiten wegfallen würde, ein neuer Zugang geleistet werden müsste, zusätzlich gäbe es Baggerarbeiten und man müsste das Außengelände wieder herstellen. Alles zusammen würde voraussichtlich ähnlich teuer werden wie die vorgeschlagene Variante, und kein so gutes Ergebnis bringen.

Stadtrat La Licata erkundigt sich, wie hoch die Kosten für ein konventionelles Verfahren wären. Er kündigt Zustimmung zur Vorlage an, auch wenn ihm die Kosten relativ hoch erscheinen.

Stadträtin Dr. Welter fragt nach, ob bei der „Impftechnik“ die gesamte Steinsubstanz von Kunstharz erfüllt werde. Das Patent gebe es doch noch nicht so lange; könne es sein, dass der Sandstein durch dieses Verfahren auch geschädigt würde?

Herr Dr. Scheffczyk antwortet zustimmend bezüglich der Impftechnik. Der Stein würde ganzflächig über die gesamte Außenfläche hin behandelt. Da das Verfahren die Zustimmung des Landesdenkmalamtes gefunden habe, gehe er davon aus, dass keine Schäden am Mauerwerk entstehen.

Stadtrat Fritsch merkt an, Sandstein-Sanierungsspezialisten wie beim Heidelberger Schloss könne man sich in Neckargemünd nicht leisten.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, bei 4 Enthaltungen, vorbehaltlich der Zustimmung der Denkmalschutzbehörden den Auftrag an die Fa. Terborg aus Mannheim in der Höhe von 77.569,34 € zu vergeben.

6: **Vorberatung: Sitzung des AZV Hollmuth am 05.11.2019, öff. Teil****A1. Genehmigung des Protokolls vom 29. Januar 2019****A2. Feststellung der Jahresrechnung 2018****A3. Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2020****A4. Beteiligung an der neu zu gründenden „Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling GmbH & Co. KG“****A5. Änderung der Verbandssatzung****A6. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit****A7. Rückblick / Ausblick - Maßnahmen des AZV****A8. Festlegung des Termins der 97. Verbandsversammlung****A9. Verschiedenes**6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit / Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister merkt an, dass in der Vorlage bei A3 ein Tippfehler ist. Es müsse heißen; „2,26 Mio Euro Darlehensaufnahme“. Nachher im Bericht erscheine der Beitrag richtig.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt jeweils einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 96. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 5. November 2019, 17:00 Uhr, im Rathaus Bammental:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
A. 1	Genehmigung des Protokolls vom 29. Januar 2019	X	
A. 2	Feststellung der Jahresrechnung 2018	X	
A. 3	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2020	X	
A. 4	Beteiligung an der neu zu gründenden „Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling GmbH & Co. KG“	X	
A. 5	Änderung der Verbandssatzung	X	
A. 6	Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit	X	
A. 7	Rückblick/Ausblick – Maßnahmen des AZV	X	
A. 8	Festlegung des Termins der 97. Verbandsversammlung		

A. 9	Verschiedenes		
------	---------------	--	--

7: **Vorberatung: Sitzung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Neckargemünd am 20.11.2019**

1. **Wahl des Verbandsvorsitzenden des GVV Neckargemünd und des 1. und 2. Stellvertreters für den Verbandsvorsitzenden.**
2. **Feststellung der Jahresrechnung 2018**
3. **Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2019**
4. **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020**
5. **Gutachterausschuss**
  - 5.1. **Zustimmung zum Austritt der Mitgliedsgemeinden aus dem gemeinsamen Gutachterausschuss**
  - 5.2. **Rückübertragung der Aufgaben des Gutachterausschusses an die Mitgliedsgemeinden**
  - 5.3. **Satzungsänderung**
6. **Mitteilungen und Anfragen**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit / Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister äußert sein Missfallen über eine unschöne Überschrift in der heutigen RNZ-Berichterstattung: „Streit zwischen den Bürgermeistern Volk und Karl geht weiter“. Heute in der Kreistagssitzung hätten sich die beiden ausführlich unterhalten und dabei festgehalten, dass die Überschrift nicht stimme. Es bestehe kein Streit zwischen den beiden Bürgermeistern. Die Vorbereitungszeit für die Bammentaler Gemeinderäte für die Vorberatung der nächsten Verbandsversammlung sei tatsächlich zu kurz gewesen, da die Unterlagen aus Neckargemünd nicht früher zum Versand fertiggestellt werden konnten, aber es gebe noch weitere Sitzungstermine in Bammental, in denen die Vorberatung stattfinden werden könne. Ansonsten werde die GVV-Sitzung in den Dezember verlegt.

Zu TOP 1 ergänzt der Bürgermeister, die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden hätten sich grds. darauf geeinigt, dass die Stellvertretungsregelung nach der Gemeindegröße gehen solle, also BM Karl 1. Stellvertreter, BM Grabenbauer 2. Stellvertreter sein solle.

Zu TOP 4 ergänzt der Bürgermeister, die Beiträge seien deutlich niedriger als im letzten Jahr ausgefallen. Das sei dadurch bedingt, dass bei der Planaufstellung im letzten Jahr noch keine Bewilligungen für die Kostenübernahme der Integrationsmanager da gewesen seien. Daher habe man die Einnahmen damals nicht eingefügt.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser nimmt Bezug auf TOP 5.3 und fragt, ob die Satzung nicht ohnehin hätte geändert werden sollen. Der Bürgermeister bejaht dies. Man wolle sich zunächst mit den Mitgliedsgemeinden besprechen, welche Themen in Zukunft aufgegriffen werden sollten (z.B. Stimmzahl). Ansonsten sei bereits heute klar, dass die Aufgabe „Gutachterausschuss“ aus der Satzung entfernt werden müsse, Klimaschutz und Integrationsmanagement eingefügt. Zunächst sei an ein Gespräch

der Bürgermeister untereinander gedacht, dann würden die Themen in den Gemeinderäten vorgetragen. Der Gemeinderat werde auf dem Laufenden gehalten.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt jeweils einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 20. November 2019:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Wahl des Verbandsvorsitzenden des GVV Neckargemünd und des 1. und 2. Stellvertreters für den Verbandsvorsitzenden	X	
2.	Feststellung der Jahresrechnung 2018	X	
3.	Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2019	X	
4.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020	X	
5.	Gutachterausschuss	X	
	5.1. Zustimmung zum Austritt der Mitgliedsgemeinden aus dem gemeinsamen Gutachterausschuss	X	
	5.2. Rückübertragung der Aufgaben des Gutachterausschusses an die Mitgliedsgemeinden	X	
	5.3. Satzungsänderung	X	
6.	Mitteilungen und Anfragen		

8. **Mitteilungen und Anfragen**

8.1 **Naturschutzgebiet Kleingemünd**

Stadtrat Katzenstein informiert, er habe am letzten Freitag diesbezüglich mit Herrn Dr. Aly gesprochen und mit ihm vereinbart, dass er einen Brief an die Regierungspräsidentin schreiben wolle.

8.2 **Radweg B 37 Richtung Heidelberg**

Stadtrat Katzenstein berichtet dass bereits ein „erforderlicher Behördentermin“ stattgefunden habe. Ein nächster Gesprächstermin sei bereits geplant, an dem alle Beteiligten über den Sachstand informiert werden. Voraussichtlich werde der Verkehrsversuch im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden.

8.3 **Sachstand Probetrieb Ruftaxi auf den Hollmuth**

Stadtrat Katzenstein erkundigt sich nach dem Sachstand. Der Bürgermeister antwortet, er werde per E-Mail informieren.

8.5 **Betonpyramide im Menzer Park**

Stadträtin Weber nimmt Bezug auf die unansehnliche Betonpyramide im Menzerpark an der Einfahrt zum Parkhaus. Es werden Fotos gezeigt: die Farbe ist abgeblättert,

das Ganze wirkt schmutzig und heruntergekommen. Gebe es Pläne, was mit der Pyramide geschehen soll?

Stadtrat Hertel weiß, dass die Stadt diese Pyramide anlässlich des 60. Jubiläums des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2012 zur Gestaltung erhalten hat. Die künstlerische Gestaltung habe damals Lotte Günther noch während ihrer Schulzeit im Schulzentrum vorgenommen. Ursprünglich sei an der Spitze eine Plakette des Landes Baden-Württemberg angebracht gewesen, diese sei vermutlich gestohlen worden, ist jedenfalls nicht mehr vorhanden. Daher sei es eigentlich für niemand mehr ersichtlich, was die Pyramide bedeutet.

#### 8.6 **Gemeinderats-Begehung der Altstadt mit Rollstühlen**

Stadträtin Schlüchtermann lobt die Aktion. Sie regt an, Ähnliches mit Kindern und Kinderwägen auf dem Weg zur Schule oder mit Fahrrädern zu machen.

Der Bürgermeister führt aus, er hätte sich mehr Resonanz durch die Gemeinderäte erhofft. Die Reaktion in der Bevölkerung sei äußerst positiv gewesen. Grundsätzlich habe die Stadtverwaltung noch einige Planungen für Begehungen mit dem Gemeinderat. Er bittet die Räte, sich schriftlich an die Verwaltung zu wenden, wenn sie vergleichbare Anregungen hätten.

#### 8.7 **Fußweg über die Neckarbrücke**

Stadtrat Dr. Rothe erkundigt sich nach dem Sachstand. Der Bürgermeister antwortet, es gebe noch keine Ankündigung des Regierungspräsidiums, wann eine Renovierung stattfinden solle.

#### 8.8 **Wendeplatz auf dem Gebiet des Waldkindergartens**

Stadtrat Wachert bringt vor, auf dem Gebiet des Waldkindergartens solle ein Wendeplatz für Holzfahrzeuge entstehen. Wisse die Stadt hiervon etwas? Dies wird vom Bürgermeister verneint.

#### 8.9 **Verkehrsführung an der Realschule**

Stadtrat Wachert fragt, ob man die Verkehrsführung so gestalten könne, dass die Straße temporär zur Einbahnstraße erklärt würde. Diese Anfrage hätten einige Lehrer an ihn gerichtet. Der Bürgermeister antwortet, die Straße sei keine öffentliche Straße, sondern Schulgelände. Zudem sei sie eine unechte Einbahnstraße. Vor einiger Zeit habe der GVD dort Strafzettel verteilt – diese Aktion wolle man wiederholen.

#### 8.10 **Anträge zum Haushalt 2020**

Stadtrat Schimpf erkundigt sich, bis wann die Fraktionen Haushaltsanträge stellen könnten. Der Bürgermeister antwortet, der beste Zeitpunkt sei jetzt, innerhalb dieser Woche.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Dr. Welter

Die Schriftführerin

Stadtrat Keller